

„Besteuerung ohne Nutzen“: Trump-Regierung lehnt globale CO2-Steuer der UN ab

geschrieben von Andreas Demmig | 20. Oktober 2025



Melissa O'Rourke, DDCF Reporterin, 15. Oktober 2025

Die Trump-Regierung kämpft gegen eine globale CO2-Steuer, die eine UN-Agentur diese Woche im Stillen verabschieden will.

Die Internationale Seeschiffahrtsorganisation (IMO), ein UN-Gremium mit Sitz in London, tagt diese Woche, um ein sogenanntes „Net-Zero-Framework“ zu verabschieden. Dieses sieht erhebliche Strafen für Kohlendioxid-Emissionen von Schiffen vor, die bestimmte Grenzwerte überschreiten. Die Trump-Regierung argumentiert, der Vorschlag könnte die weltweiten Transportkosten um bis zu 10 Prozent erhöhen und damit letztlich die Preise für amerikanische Verbraucher in die Höhe treiben.

„Präsident Trump hat deutlich gemacht, dass die Vereinigten Staaten kein internationales Umweltabkommen akzeptieren werden, das die Vereinigten Staaten übermäßig oder unfair belastet oder den Interessen des amerikanischen Volkes schadet“, sagten Außenminister Marco Rubio, Energieminister Chris Wright und Verkehrsminister Sean Duffy am Freitag in einer gemeinsamen Erklärung .

„Die Regierung lehnt diesen Vorschlag vor der IMO entschieden ab und wird keine Maßnahmen dulden, die die Kosten für unsere Bürger, Energieversorger, Reedereien und deren Kunden sowie Touristen erhöhen“, schrieben die Kabinettssekretäre.

- Diese Woche versucht die UN, die erste globale CO2-Steuer zu verabschieden. Diese würde die Energie-, Lebensmittel- und Treibstoffkosten weltweit erhöhen. Wir werden nicht zulassen, dass die UN amerikanische Bürger und Unternehmen besteuert. Unter der Führung von @POTUS werden die USA ein klares Nein sagen. Wir fordern...
- *Minister Marco Rubio (@SecRubio) , 15. Oktober 2025*

Die vorgeschlagene Steuer ist Teil des übergeordneten Ziels der IMO, die globale Schifffahrt bis etwa 2050 emissionsfrei zu machen. Qualifizierte Schiffe, die die Emissionsziele nicht erreichen, müssten zwischen 100 und 380 US-Dollar Steuern pro Tonne CO2 zahlen.

Bemerkenswert ist, dass die Steuer nicht von den Regierungen, sondern direkt von den Schiffseignern gezahlt werden soll.

Laut University College London könnte das Net-Zero-Programm zwischen 2028 und 2030 jährlich zwischen 11 und 12 Milliarden US-Dollar generieren, die in einen von der UNO kontrollierten Fonds eingezahlt werden. Andere Schätzungen warnen davor, dass die jährlichen Emissionskosten bis 2030 auf 20 bis 30 Milliarden US-Dollar steigen und bis 2035 möglicherweise 300 Milliarden US-Dollar übersteigen könnten, wenn die globale Flotte die IMO-Ziele auch nur um 10 % verfehlt.

Einige Kritiker setzten den Vorschlag mit einer „*Besteuerung ohne Vertretung*“ gleich und wiesen darauf hin, dass ein nicht gewählter Ausschuss sich die Befugnis aneignet, die Steuer festzulegen und möglicherweise zu erhöhen.

Die Trump-Regierung drängt die Mitgliedsstaaten, den Vorschlag abzulehnen, und droht Ländern, die ihn unterstützen, mit Vergeltungsmaßnahmen. Dazu gehören Untersuchungen wegen wettbewerbsschädigender Praktiken, Visabeschränkungen für Schiffsbesatzungen, Handels- und Geldstrafen, höhere Hafengebühren für Schiffe mit Anbindung an diese Länder sowie mögliche Sanktionen gegen Politiker, die sich für Klimapolitik einsetzen.

„Die Trump-Regierung hat Recht, wenn sie eine harte Linie gegenüber dem jüngsten Plan der UNO zieht, ihre Klimaagenda durch globale Steuern und Handelsbarrieren zu exportieren“, sagte Jason Isaac, CEO des American Energy Institute, gegenüber der Daily Caller News Foundation.

Isaac sagte, die vorgeschlagene CO₂-Steuer sowie andere Maßnahmen – darunter die EU- Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen, die Unternehmen zur Offenlegung ihrer ökologischen und sozialen Auswirkungen verpflichtet – seien „ein alarmierender Versuch, amerikanischen Unternehmen und Verbrauchern kostspielige, extraterritoriale Vorschriften aufzuerlegen“.

„Diese Maßnahmen bedrohen die Souveränität der USA, treiben die Energie- und Transportkosten in die Höhe und missbrauchen die Klimapolitik als Instrument wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen“, sagte Isaac. *„Die Vereinigten Staaten dürfen es nicht dulden, dass ausländische Organisationen unter dem Vorwand des Umweltschutzes diktieren, wie wir handeln, bauen und Güter transportieren. Präsident Trumps klare Haltung stellt die amerikanischen Arbeitnehmer und die Energiesicherheit an erste Stelle – dort, wo sie hingehören.“*

Auch Steve Milloy, Senior Fellow am Energy & Environment Legal Institute, lobte die Bemühungen der Regierung, die UN-Maßnahme zu blockieren.

„[Trump] ist nicht nur gegen die UN-Kohlenstoffsteuer, sondern hat seine Regierung auch angewiesen, gegen Länder vorzugehen, die versuchen, sie gegen die USA durchzusetzen“, sagte Milloy dem DCNF.

„Ich bin einfach beeindruckt von seinem Engagement, dem internationalen Klimaschwindel ein Ende zu setzen, welcher seit langem darauf abzielt, die Wirtschaft und die nationale Sicherheit unseres Landes zu bestehlen und anderweitig zu schädigen.“

Alle Inhalte der Daily Caller News Foundation, einem unabhängigen und überparteilichen Nachrichtendienst, stehen jedem seriösen Nachrichtenverlag mit großem Publikum kostenlos zur Verfügung. Alle veröffentlichten Artikel müssen unser Logo, den Namen des Reporters und seine DCNF-Zugehörigkeit enthalten. Bei Fragen zu unseren Richtlinien oder einer Partnerschaft mit uns wenden Sie sich bitte an licensing@dailycallernewsfoundation.org.

<https://dailycaller.com/2025/10/15/taxation-without-representation-trump-admin-battles-un-over-global-carbon-tax/>